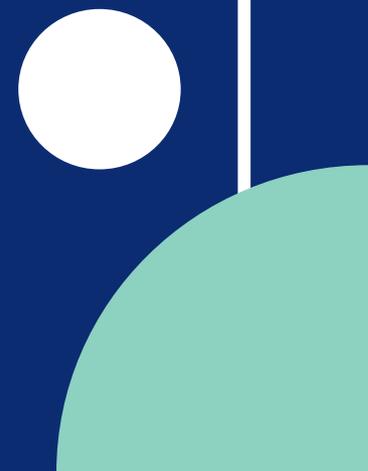


행복



Anforderungspapier für progressive Hochschulpolitik

Positionspapier der
Österreichischen Hochschüler_innenschaft
für die Nationalratswahlen 2024



Inhaltsverzeichnis

Einleitung	2
Offener Zugang zur Hochschule	3
Sozial sichere Hochschulen	4
Gute Lehre für gute Bildung: Hochschulen barrierefrei und inklusiv gestalten	5
Antirassistische Hochschulen	8
Erinnerungskultur und antifaschistische Hochschulen.....	10
Demokratisierung der Hochschulen	12
Investition in die Zukunft - Ausfinanzierung unserer Hochschulen	14
Klimagerechte Hochschulen	16
Lehramtsstudium von morgen.....	17
Aufwertung unserer Fachhochschulen	18
Europäischer Hochschulraum & internationale Mobilität	18
Resumee	20

Einleitung

Im Vorfeld der Nationalratswahlen 2024 setzt sich die Österreichische Hochschüler_innenschaft (ÖH) entschlossen für eine progressive und inklusive Hochschulpolitik ein, die alle Studierenden in den Mittelpunkt stellt. Unser Ziel ist es, die Hochschulen in Österreich zu Orten zu machen, an denen Bildung frei zugänglich, gerecht und zukunftsorientiert gestaltet wird.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen im Hochschulsektor erheben wir Forderungen, die darauf abzielen, Barrieren abzubauen, soziale Gerechtigkeit zu fördern und die demokratische Teilhabe zu stärken. Die hier präsentierten Positionen sind das Ergebnis eines intensiven Dialogs mit Studierenden, den wir vermehrt im vergangenen Jahr in ganz Österreich geführt haben.

Dieses Anforderungspapier beleuchtet die notwendigen Schritte, um Österreichs Hochschulen zu Orten der sozialen Inklusion, freier und zugänglicher Bildung sowie der Vereinbarkeit des Studiums in jeder Lebenslage zu machen. Es muss das Ziel der kommenden Regierung und des neu besetzten Nationalrates sein, unsere Hochschulen von einer Situation abzuwenden, in welcher unsere Hochschulen wie vor 50 Jahren nur den Eliten vorbehalten sind. Es gilt, visionär in die Zukunft zu blicken und sich den zahlreichen Herausforderungen in unseren Hörsälen zu stellen!

Offener Zugang zur Hochschule

1. Etablierung und Stärkung des freien und offenen Hochschulzugangs

Österreichische Hochschulen stehen noch immer nicht allen Menschen, die hier Studieren wollen, offen. Aufnahmeverfahren wie der MedAT und Studiengebühren stellen eine sozial selektive Barriere dar. Das beweisen uns die verheerenden Zahlen, die die Einführung der Studiengebühren unter Schwarz-Blau 2001 gezeigt haben: Rund 40% der Studierenden haben durch die Einführung der allgemeinen Studiengebühren ihr Studium abgebrochen. Die Abschaffung der Studiengebühren würde Österreich lediglich rund 20,5 Millionen Euro kosten. Während diese Zahl groß scheinen mag, ist sie im Vergleich zum Globalbudget aller Universitäten in Österreich kaum relevant.

Wir fordern eine Abkehr von immer mehr Zugangsbeschränkungen, Tests mit teuren Vorbereitungskursen und finanziellen Hürden hin zu einer Hochschule für alle.

2. Vereinbarkeit von Studium mit Arbeit

Betreuungspflichten, Lohnarbeit und Studium unter einen Hut zu bringen, fällt immer mehr Studierenden schwer. Dabei arbeiten mehr als die Hälfte der österreichischen Studierenden im Schnitt 20 Stunden die Woche - Daneben kann sich kein Vollzeitstudium ausgehen.

Daher fordern wir zur besseren Vereinbarkeit von Leben, Arbeit und Studium die Einführung eines Teilzeitstudiums. Dabei gibt es für uns aber kein catch all Modell, sondern es braucht individuelle Modelle für individuelle Studierende! Die ÖH hat deshalb ein ausführliches Konzept zur Vereinbarkeit von Studium und Arbeit ausgearbeitet, in welchem genaue Umsetzungsschritte zu finden sind.

3. Verbleib in & an Hochschulen sichern

Mindest-Studienleistungen sind eine weitere Hürde im Studium. Wer pauschal für Studierende Mindestleistungen einführt, ignoriert, dass es viele Gründe geben kann, warum diese unerfüllbar sind. Wer neben dem Studium arbeiten muss oder Betreuungspflichten hat, ist hier klar im Nachteil. Gleichzeitig schwebt das Damoklesschwert der Exmatrikulation mit Einführung der Mindest-Studienleistungen über den Studierenden. **Diese müssen wieder abgeschafft werden!**

Sozial sichere Hochschulen

1. Einführung der Verjähung von Vorstudienzeiten

Der Zugang zum österreichischen Beihilfensystem steht Studierenden nur für das erste Studium bzw. direkt daran anschließende Studiengänge offen. Wer z.B. am zweiten Bildungsweg (nach einem abgebrochenen Studium) oder nach einer längeren Studienunterbrechung studiert, hat häufig keinen Anspruch auf Beihilfen.

Unsere Forderung: Bei einer Studienunterbrechung von mehr als fünf Jahren sollten davor liegende Studienzeiten nicht mehr berücksichtigt werden. **Vorstudienzeiten sollen also nach 5 Jahren verjähren.**

2. Einrichtung einer Bildungsteilzeit, die ein vollständiges Studium mit Bezug der Förderung ermöglicht

Aktuell gibt es die Möglichkeit auf Bildungsteilzeit für berufstätige Studierende. Dies ist eine AMS-geförderte Maßnahme, bei der die Berufstätigkeit für einen Zeitraum von bis zu 2 Jahren zugunsten eines daneben betriebenen Studiums bei Lohnausgleich reduziert wird.

Wir fordern die Erweiterung des aktuellen Systems, sodass berufstätige Studierende ihr gesamtes Studium in Bildungsteilzeit absolvieren können.

3. Erhöhung der Beihilfe über die Armutsgefährdungsgrenze

Bei einer durchschnittlichen Studienbeihilfe von 370€ (lt. Studierendensozialerhebung 2019) führt für viele Studierende trotz Beihilfenbezug kein Weg an einer zusätzlichen Berufstätigkeit vorbei, um Leben und Studium finanzieren zu können. Dies lässt sich oft nur schlecht oder nur unter hohem Druck mit einem fristgerechten Studienfortschritt vereinbaren.

Um dem entgegenzuwirken sowie die allgemein prekäre finanzielle Situation vieler Studienbeihilfebezieher_innen zu verbessern, **sollte die Beihilfenhöhe auf die Armutsgefährdungsgrenze angehoben werden.**

Gute Lehre für gute Bildung: Hochschulen barrierefrei und inklusiv gestalten

1. Etablierung alternativer Prüfungsmodi

Alternative und frei wählbare Prüfungsmodalitäten sind nicht nur inklusiver und fördern Diversität im Studium, sie bereiten auch auf unterschiedliche Aufgaben im weiteren Leben / in der Gesellschaft außerhalb der Hochschule vor. Unabhängig davon, welche Prüfungsmodalität gewählt wird, muss der Anspruch auf eine mögliche Zeitverlängerung oder Anpassung für behinderte Studierende / Studierende mit Behinderung weiterhin gegeben sein. Um eine gelungene Umsetzung zu ermöglichen, soll es Weiterbildungen für Lehrende zu alternativen Prüfungsmodalitäten geben. **Das Recht auf alternative Prüfungsmodalitäten soll noch besser in den Hochschulgesetzen verankert werden.**

2. Recht auf hybride Lehre und Ausbau digitales Lehrangebot

Das Recht auf hybride Lehre soll verankert und entsprechend das digitale Lehrangebot ausgebaut werden. Dies öffnet die Hochschulen nicht nur gegenüber vulnerablen Gruppen, sondern auch internationalen Studierenden, die Fernangebote nutzen. Auch individualisierte Studien, Micro-Credentials und alternative Erweiterungen werden somit leichter zugänglich, planbarer und multiprofessioneller. Inter- und multidisziplinäre Studien werden immer gefragter und können durch digitale und hybride Lehre einfacher umgesetzt werden.

3. Gute Lehre honorieren - Lehrende fördern

Eine gute Hochschule für alle muss auch gute Lehre für alle bedeuten – sowohl für Studierende als auch Lehrende. Der Mangel an finanzieller Unterstützung, die Lehre als Add-On zur Forschungskarriere und ein enges Prüfungsangebot machen die Lehre zum Schwachpunkt im Hochschulsystem.

Stellen wir uns eine Hochschule vor, in der gute Lehre durch sichere Anstellungen und faire Entlohnung ermöglicht wird. Eine Hochschule, in der Studierende ihre Prüfungsmodalitäten nach ihren individuellen Stärken wählen können. Eine Hochschule, die unterschiedliche Fähigkeiten anerkennt und fördert, und in der alle, ob online oder vor Ort, teilnehmen können. All das ist möglich – also machen wir es möglich!

Gute Lehre muss honoriert werden. Die Reduzierung von Kettenverträgen ist ein guter Anfang, aber noch nicht genug. **Gute Lehre erfordert sichere Anstellungen und angemessene Entlohnung.**

Queerfeministische Hochschulen

1. Ausbau und Förderung von Meldestellen & Beratungsstellen bzgl. sexualisierter Gewalt und Diskriminierung an Hochschulen

Ausgehend von unserer Umfrage über sexualisierte Gewalt an Hochschulen sehen wir ein Defizit in den aktuellen Anlaufstellen, die von den Hochschulen zur Verfügung gestellt werden. Daher sollen Hochschulen spezialisierte und unabhängige Meldestellen ausbauen und einrichten, die Opfern von sexualisierter Gewalt und Diskriminierung eine sichere Anlaufstelle bieten. Diese Stellen müssen von geschultem Personal besetzt sein, das sensibel für die Bedürfnisse und Erfahrungen der Betroffenen ist.

Durch den Ausbau dieser Meldestellen können Betroffene Unterstützung erhalten bei möglichen rechtlichen Schritten und Präventionsmaßnahmen können effektiver umgesetzt werden.

2. Freie Namenswahl im internen Hochschulsystem als Standard

Derzeit ist es an Österreichischen Hochschulen nicht möglich, den Vornamen im internen Hochschulsystem ohne rechtliche Namens- und (dafür teilweise erforderliche) Geschlechtseintragsänderung anzupassen. Diese Einschränkung zwingt trans-, inter- und nicht-binäre Studierende dazu, ihre Deadnames beizubehalten, was ihre Identität nicht angemessen widerspiegelt und sie einem erhöhten Risiko für Zwangsausings aussetzt. Veränderung ist daher unbedingt notwendig.

Studierende müssen ihren selbstgewählten Namen im internen Hochschulsystem verwenden können und Immatrikulationsverfahren und IT-Systeme standardmäßig darauf umgestellt werden.

3. Bekenntnis zu gendergerechter & inklusiver Sprache

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Lehrveranstaltungen eine gendergerechte Sprache verwenden, um TIN Personen und Frauen angemessen zu repräsentieren. Dies beinhaltet die Verwendung von geschlechtsneutralen Begriffen und die Berücksichtigung verschiedener Geschlechteridentitäten in Lehrmaterialien und Diskussionen.

Durch eine gesetzliche Bekenntnis zu gendergerechter Sprache wird eine inklusive Lernumgebung geschaffen, in der sich alle Studierenden gleichermaßen respektiert fühlen.

4. All Gender Toiletten

Toiletten stellen primär Orte der Bedürfnisbefriedigung für alle Menschen unabhängig von deren Geschlechtsidentität dar. Da Toiletten in Österreich aktuell vergeschlechtlichte

Räume sind, besteht dringender Handlungsbedarf. Für Menschen, die nicht den normativen Geschlechtervorstellungen entsprechen und_oder deren Geschlecht weder männlich oder weiblich ist, geht die Benutzung von binär geschlechtergetrennten Toiletten häufig mit Diskriminierung und Ausschlüssen einher.

Neben binär getrennten Sanitärbereichen muss daher auch für ausreichend genderneutrale Toiletten an Hochschulen und die dafür notwendigen rechtlichen Grundlagen Sorge getragen werden.

Antirassistische Hochschulen

1. Aktionsplan für antirassistische Hochschulen

Unsere Hochschulen sind weiß. Nichtweiße und migrantische Personen sind im Hörsaal, im Labor oder am Rektoratssessel maßgeblich unterrepräsentiert. Sie müssen sich zuerst durch ein Bildungssystem durchkämpfen, das sie gar nicht an Hochschulen sehen will. Die Wenigen, die trotz des ungerechten Systems ein Studium aufnehmen können, haben täglich mit Rassismus und Diskriminierung zu kämpfen. Erst, wenn nicht mehr die Geburtenlotterie über unseren Bildungsweg entscheidet, haben wir eine inklusive Hochschule erreicht. Wir kämpfen also für eine Hochschule, die nicht nur nicht rassistisch, sondern antirassistisch ist. Denn gerade im Bereich Antirassismus muss Österreich so einiges aufholen. Es braucht darum einen gesamtheitlichen Plan, der das Problem als Ganzes anpackt, anstatt nur an einzelnen Schrauben zu drehen.

Wir fordern einen umfassenden Aktionsplan gegen Rassismus an Hochschulen mit dem Ziel, allen denselben Zugang zu Bildung und Forschung zu geben. Inkludiert sein müssen Anlaufstellen für nichtweiße und migrantische Hochschulangehörige, Schutzmaßnahmen gegen Rassismus und Mechanismen zum Schutz von Ausbildungs- und Arbeitsverträgen und die Schaffung von quotierten Lehrpositionen und Gremienplätze zur Gewährleistung der Mitsprache nichtweißer und migrantischer Personen.

2. Zugang zum Beihilfesystem für Drittstaatstudierende und Vereinfachung der Nostrifizierung

Wer ohne europäischen Pass an einer österreichischen Hochschule studieren möchte, muss zuerst einen Hürdenlauf der Behördengänge durchlaufen, um überhaupt die Möglichkeit der Inskription zu bekommen. Wer dabei nicht stolpert, quält sich anschließend durch eine Reihe von Aufbau- und Vorstudienlehrgängen, Sprachzertifikate und einen weiteren Haufen an Bürokratie. Ist schließlich das Tor der Hochschule erreicht, trifft die Keule der sozialen Ungleichheit doppelt: Studierende aus Drittstaaten dürfen maximal 20 Stunden in Österreich arbeiten. Die allermeisten müssen dieses Limit auch ausreizen, um sich das Studium überhaupt erst zu finanzieren. Denn Drittstaatstudierende zahlen nicht nur doppelte Studiengebühren, sondern sind per se aus allen staatlichen Beihilfesystemen ausgeschlossen.

Wer also in Österreich studieren möchte, braucht entweder reiche Eltern, einen Berg an Angespartem oder einen unglaublich gut bezahlten 20-Stunden-Job. Es braucht außerdem einen dicken Geduldfaden, um sich vorangehende Schul- oder Studienleistungen anrechnen lassen zu können. Diese Bürokratie-Schikane muss ein Ende finden! **Die ÖH**

fordert daher die rechtliche Angleichung von Drittstaatstudierenden mit der Einrichtung des Beihilfenzugangs und einer Vereinfachung der Nostrifizierung.

3. Bereitstellung kostenloser psychologischer Unterstützung für Studierende aus Krisengebieten

Studierende, die aus Krisengebieten nach Österreich kommen, sind oft mit erheblichen psychischen Belastungen konfrontiert. Traumata, die durch Krieg, Gewalt oder Verfolgung entstehen, können den Studienerfolg und das allgemeine Wohlbefinden massiv beeinträchtigen. **Deshalb fordern wir die Bereitstellung einer flächendeckenden, kostenlosen psychologischen Unterstützung für Studierende aus Krisengebieten.**

Durch den Zugang zu professioneller psychologischer Hilfe kann sichergestellt werden, dass betroffene Studierende die notwendige Unterstützung erhalten, um ihre psychische Gesundheit zu stabilisieren und ihr Studium erfolgreich fortzusetzen. Es ist unsere gesellschaftliche Verantwortung, diesen Studierenden eine gerechte Chance auf Bildung und ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Erinnerungskultur und antifaschistische Hochschulen

1. Keine Vertuschung der Geschichte - Historische Aufarbeitung der NS-Geschichte an jeder Uni!

An österreichischen Universitäten stehen bis heute unkommentierte Denkmäler und Büsten, die aus der Zeit des Nationalsozialismus stammen oder an nationalsozialistische Wissenschaftler_innen erinnern. Diese Relikte der Vergangenheit werfen ein bedrückendes Licht auf die mangelnde Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte innerhalb der Hochschulen. **Es ist dringend notwendig, dass die Fakultäts- und Hochschulgeschichte aus der NS-Zeit umfassend aufgearbeitet wird. Dabei sollte nicht nur die Geschichte der Institutionen selbst, sondern auch die Rolle und das Handeln einzelner Wissenschaftler_innen im NS-Staat kritisch hinterfragt und beleuchtet werden.**

Gleichzeitig ist es unerlässlich, dass Gedenkort und Mahnmale für jene Studierenden und Universitätsmitarbeiter_innen, die während der NS-Zeit verfolgt und ermordet wurden, gefördert und errichtet werden. Solche Gedenkort könnten dazu beitragen, das Bewusstsein für die dunklen Kapitel der Vergangenheit zu schärfen und ein deutliches Zeichen gegen das Vergessen zu setzen. Es ist zentral, dass diese Maßnahmen nicht nur symbolischen Charakter haben, sondern auch als Teil einer aktiven und lebendigen Erinnerungskultur verstanden werden, die die Lehren aus der Geschichte zieht und in die Gegenwart trägt.

2. Antifaschistische Forschung fördern

Forschungsprojekte, die sich mit dem Themenkomplex Faschismus und der Aufarbeitung von Rechtsextremismus in Österreich befassen, müssen als essenzieller Bestandteil einer aktiven Erinnerungskultur intensiv gefördert und umfassend unterstützt werden. Diese Projekte tragen nicht nur zur historischen Aufarbeitung bei, sondern sind auch von zentraler Bedeutung für das Verständnis der gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen.

Um der Komplexität und Bedeutung dieser Themen gerecht zu werden, ist es notwendig, eigene Institute zu schaffen, die sich ausschließlich der ernsthaften und fundierten Erforschung dieser Bereiche widmen. Diese Institute sollten durch eine enge Zusammenarbeit von Universitäten und politischer Ebene gefördert werden, um eine nachhaltige und tiefgehende Auseinandersetzung mit der Thematik zu gewährleisten.

3. Meldestelle gegen Rechtsextremismus an Hochschulen

Zu oft werden rechtsextreme Vorfälle, seien es Graffiti, fragwürdige Äußerungen von Professoren, verteilte Flugblätter oder Kundgebungen rechtsextremer Gruppen, als bloßer Teil der „ideologischen Auseinandersetzung“ an den Hochschulen abgetan. Diese Verharmlosung verkennt jedoch die ernste Bedrohung, die Rechtsextremismus für unsere demokratischen Grundwerte darstellt. Rechtsextremismus hat absolut nichts mit demokratischer Meinungsbildung zu tun und darf nicht als legitimer Teil des Diskurses an Hochschulen angesehen werden.

Es braucht daher Meldestellen, an die sich im Falle von rechtsextremistischen Vorfällen gewandt werden kann.

Demokratisierung der Hochschulen

1. Mitbestimmung auf Augenhöhe: Drittelparität und Stärkung des Senats!

Mit der Einführung des Universitätsgesetzes 2002 wurde tief in die Rechte der studentischen Mitbestimmung eingegriffen. Während bis zur Einführung des UG 2002 alle wichtigen Entscheidungen einer Universität im Senat getroffen wurden, in welchem die Studierenden mit einem Drittel der Stimmen über maßgebliche Entscheidungen wie die Rektor_innenbesetzung, Budget und Curricula mitstimmen konnten, bleiben ihnen heute nur mehr ein Viertel der Stimmen. Zudem wurden große Teile der Kompetenzen des Senats an den Unirat verschoben, in welchem die Studierenden über kein Stimmrecht mehr verfügen. Im Senat wurden die Professor_innen mit einer annähernd absoluten Mehrheit ausgestattet. Damit wurde die Mitsprache von Studierenden im Universitätsalltag effektiv zerschlagen.

Wir fordern daher die Einführung der Drittelparität im UG 2002: Ein Drittel der Stimmen den Studierenden, ein Drittel dem akademischen Personal inklusive der Professor_innen und ein Drittel dem allgemeinen Personal. So kann eine gleichberechtigte Mitsprache am Campus gewährleistet werden. Zudem müssen die wesentlichen Kompetenzen in den Senat zurückgeführt werden, anstatt den Universitätsrat als hochschulfremdes Gremium immer weiter mit Macht auszustatten.

2. Wahlrechtsreform: Wahlrecht für alle!

Die Zahl an nichtwahlberechtigten Bürger_innen in Österreich steigt Jahr für Jahr. Wir leben in einer vier Fünftel Demokratie: Denn etwa 20% der wahlfähigen Menschen in Österreich verfügen über kein Wahlrecht bei bundesweiten Wahlen. Diese Zahlen entwickeln sich zunehmend in ein eklatantes demokratiepolitisches Problem. Dabei wäre die Lösung simpel: Bei den ÖH-Wahlen können alle Studierenden, unabhängig ihrer Staatsbürger_innenschaft mitwählen. Das Resultat ist ein höheres Vertrauen und Zugehörigkeitsgefühl zum Vertretungsorgan, die Schaffung von politischer Partizipation und vor allem Respekt gegenüber Studierenden ohne österreichische Staatsbürger_innenschaft. **Als ÖH stehen wir für eine Ausweitung des Wahlrechts bei allen österreichischen Wahlen ein. Wahlrecht soll vom Wohnort, nicht vom Pass abhängen!**

3. Demokratisierung von Wissen: Forschungsergebnisse öffentlich und kostenlos zugänglich

Eine Welle der Demokratisierung brauchen unsere Hochschulen auch im Bereich der Forschung. Unsere Hochschulen und ihre Wissenschaftler_innen bieten Jahr für Jahr großartige Erkenntnisse in der Forschung. Viel zu oft werden diese Erkenntnisse allerdings kommerzialisiert, hinter Paywalls versteckt oder landen nur beim Drittmittelgeber, ohne jemals das Gesicht der Öffentlichkeit gesehen zu haben. Auch hier muss angesetzt werden! Forschungsergebnisse aus öffentlichen Bildungseinrichtungen, die mit staatlichem Geld

finanziert werden, gehören der Öffentlichkeit! **Mit einer öffentlichen und kostenlosen Bereitstellung von Forschungsergebnissen auf einer zentralen Plattform wird Wissen zugänglich gemacht - und kurbelt damit neue Forschungsansätze an, aus der wiederum neue Erkenntnisse resultieren können.**

Investition in die Zukunft - Ausfinanzierung unserer Hochschulen

1. Unser Finanzierungsplan - Grundbudget statt Abhängigkeit der Prüfungsaktivität

Die öffentlichen Universitäten leiden unter finanziellen Engpässen – überall mangelt es an Geld. Um den aktuellen Stand bis 2027 zu erhalten, sind insgesamt 16 Milliarden Euro notwendig.

Wir schlagen vor, die Berechnung des Universitätsbudgets nicht mehr auf Basis der prüfungsaktiven Studierenden durchzuführen. Stattdessen sollte ein Grundbudget für jede Hochschule eingerichtet werden, das sich an der Anzahl der regulären Studierenden orientiert. Dieses Grundbudget sollte auf jeden Fall zur Deckung der laufenden Betriebskosten zur Verfügung stehen. Darüber hinaus könnten zusätzliche Zahlungen vereinbart werden, zum Beispiel zur Unterstützung unterfinanzierter Forschungsbereiche.

2. Angemessene Finanzierung der Grundlagenforschung

In den Siebzigerjahren flossen noch über 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Wissenschaft, während es heute kaum mehr als 1 Prozent sind. Investitionen in die Wissenschaft sind jedoch nicht nur gesellschaftlich relevant, sondern auch wirtschaftlich vorteilhaft: Jeder in Hochschulen investierte Euro kehrt in wenigen Jahren doppelt zurück. Bereits vor einem Jahrzehnt äußerte sich das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) dazu: Eine Untergrenze von 2 Prozent des BIPs für Hochschulen sei notwendig, um die tertiäre Bildung zu fördern. Damals setzte sich das Bildungsministerium das Ziel, diese 2 Prozent bis 2020 zu erreichen. Die aktuelle Lage ist jedoch ernüchternd: Nur 1,3 Prozent des BIPs fließen in die Hochschulen, was seit 2013 sogar einen Rückgang um 0,13 Prozentpunkte bedeutet.

Wir fordern daher eine vollständige staatliche Finanzierung des Wissenschaftsbereichs und der Grundlagenforschung durch eine Erhöhung des Hochschulbudgets auf 2,5 Prozent des BIPs.

3. Mehr Autonomie für Fachhochschulen: Finanzierungsstrukturen anpassen

Die Finanzhilfen, die einige Fachhochschulen vom Ministerium erhalten, sind nicht direkt an die Hochschule selbst gerichtet, sondern an spezifische Studienplätze. Dies ist auch im Fachhochschul-Entwicklungs- und Finanzierungsplan so festgelegt. Dadurch entscheidet das Ministerium, welche Studienrichtungen ausreichende Mittel für hochwertige Lehre,

qualitative Forschung und eine angemessene Anzahl an Studienplätzen bekommen und welche nicht. Die Auswirkungen sind auch auf dem Arbeitsmarkt erkennbar: Trotz des akuten Mangels im Pflegebereich können kaum zusätzliche Studienplätze geschaffen werden. Im Gegensatz dazu sind Studienplätze in technischen Fächern fast schon überfinanziert. Hier gibt es deutlich mehr Budget und Studienplätze, als genutzt werden können. Die Fachhochschulen können das Geld jedoch nicht flexibel einsetzen. Diese Situation belastet die Studierenden, Lehrenden und letztlich auch die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt.

Eine stärkere öffentliche Finanzierung der Fachhochschulen insgesamt und das Abweichen von der individuellen Studienplatzfinanzierung könnten den Fachhochschulen mehr Autonomie zurückgeben.

Leistbares Wohnen für Studierende

1. Wiedereinführung der staatlichen Studierendenheimförderung

In keiner anderen Wohnform sind die Wohnkosten in den vergangenen Jahren so stark angestiegen wie in Studierendenwohnheimen. Dieser drastische Anstieg ist unter anderem auf den zunehmenden Ausbau von privaten, gewerblichen Wohnheimen zurückzuführen. Im Kontrast zu gemeinnützigen Heimbetreiber_innen, die nur kostendeckend arbeiten dürfen, drücken private Anbieter_innen Preise stark in die Höhe – nicht selten bis zu 900€/Einzelzimmer.

Um Wohnheime wieder zu dem zu machen, wofür sie einst konzipiert wurden, muss die staatliche Studierendenheimförderung wieder eingeführt werden, die es bis 2011 gab. Nur so können Wohnheime wieder leistbare Benützungsentgelte verlangen, die die Kosten der Heime abdecken – wie etwa längst fällige Reparaturen und Renovierungen.

2. Auswärtigkeitszuschlag in der Studienbeihilfe verdoppeln und ausweiten

Studierende, die für ihr Studium ihren Wohnort wechseln müssen, erhalten in der Studienbeihilfe einen Auswärtigkeitszuschlag. Dieser betrug bei seiner Einführung in seiner derzeitigen Form 1994: 3.000 öSchilling, was 218 Euro entspricht. Im Jahr 2023 beträgt der Zuschlag für Auswärtige 250 Euro. Der Zuschlag wurde somit zwischen 1994 und 2023 um 15% erhöht. Die Preissteigerung lt. VPI 86 zwischen 1994 und September 2023 beträgt aber 93%.

Der Auswärtigkeitszuschlag sollte also dringend erhöht und zudem allen Studienbeihilfebezieher_innen mit eigenem Wohnsitz gewährt werden.

3. flächendeckende Leerstandsabgabe, griffiger Mietpreisdeckel

Wohnen ist ein Grundrecht und soll kein Paradies für Investoren sein. Mieten müssen also sinnvoll gedeckelt werden! Die beste Möglichkeit, dies zu bewerkstelligen, sind staatlich oder kommunal errichtete Wohnungen, die nach dem Kostendeckungsprinzip vergeben werden – dies ist der nachhaltigste Weg, um Wohnraum zu schaffen, der jeglicher Profitlogik entzogen ist. Bestehende Verträge und Wohnungen außerhalb des gemeinnützigen Bereichs sollten durch eine Anpassung oder den Wegfall der Wertsicherungsklausel so angepasst werden, dass nicht wie zuletzt Mieterhöhungen von 20% in nur zwei Jahren möglich sind.

Um die Explosion der Mieten aufzufangen, dürften Vermieter_innen in den kommenden Jahren keine weiteren Anhebungen des Mietzinses vornehmen können, danach ist eine Deckelung bei höchstens drei Prozent jährlich anzustreben. Zudem soll eine flächendeckende Leerstandsabgabe zur Erschließung von ungenutzten Wohnungen eingeführt werden.

Klimagerechte Hochschulen

1. Ausbau des öffentlichen Verkehrs und kostenlose Klimatickets für alle Studierende

Um Klimaneutralität zu erreichen, ist die Mobilitätswende unumgänglich. Motorisierter Individualverkehr (MIV) ist weder zeitgemäß, noch sozial- oder klimaverträglich. Alle Studierenden haben ein Recht darauf, ohne MIV an ihre Hochschule zu gelangen. Viel zu oft ist dies aber nicht möglich. **Wir als ÖH fordern einen Ausbau der öffentlichen Verkehrsmitteln zu allen Hochschulen.**

Damit alle Studierenden die Chance haben, durch nicht-motorisierten Individualverkehr an ihre Hochschule zu kommen, sind außerdem die Kosten ein entscheidender Faktor. Für viele Studierende ist der Preis für ÖV-Tickets zu hoch. Studierende haben meist ein sehr geringes Einkommen, 1095 Euro für über 25-Jährige bzw. 821 Euro für jene unter 25 für ein Klimaticket sind für viele nicht finanzierbar. **Deswegen fordern wir ein kostenloses Klimaticket für alle Studierenden. Die Verkehrswende ist noch lange nicht erreicht, umso wichtiger ist es, dass ein Fokus auf strukturelle Veränderungen gelegt wird, um den Umstieg möglichst niederschwellig und effizient zu gestalten.**

2. Plan zu klimaneutralen Hochschulen bis 2030

Hochschulen fällt eine große Verantwortung zu, die sie aktuell nicht ausreichend erfüllen. Die Klimakrise ist hier, dennoch befinden sich die Hochschulen, der Ort für Bildung und Wissenschaft, wie in Trance. Es braucht einen Plan, wie alle Hochschulen bis 2030 klimaneutral werden können, um so als Vorbilder in gesellschaftlichen Fragen auftreten zu können. Dieser muss direkte genauso wie vorgelagerte Emissionen durch den Hochschulbetrieb, nachhaltige Lehrinhalte, Teilnahme am öffentlichen Diskurs und Maßnahmen, die das sorglose Studieren in der Klimakrise garantieren, umfassen. **Um dessen Einhaltung zu garantieren, muss dieser in der Hochschulgovernance und zumindest den Leistungsvereinbarungen verankert sein.** Hochschulen müssen ihre Verantwortung im Kampf gegen die Klimakrise ernst nehmen. Es ist bereits 5 nach 12, der Umbau zu klimaneutralen Hochschulen muss jetzt beginnen und allumfassend gedacht werden.

3. Subventionen durch klimaschädliche und fossil arbeitende Unternehmen an Hochschulen stoppen!

Viele Hochschulen machen sich immer noch von Projekten und Unternehmungen abhängig, welche die Klimakrise anheizen. Diese Verstrickungen senden das falsche Signal. Hochschulen sollten auf ihre eigene Wissenschaft hören und eine Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und ihren Studierenden beweisen. Wissenschaft muss unabhängig von fossilen Profitinteressen sein.

Indem wir die Zusammenarbeit mit klimaschädlichen und fossil arbeitenden Unternehmen stoppen, können wir Forschung und Innovation in Richtung Nachhaltigkeit lenken. Anstatt mit Unternehmen zu kooperieren, die fossile Brennstoffe fördern oder Umweltverschmutzung verursachen, sollte der Universitätsbetrieb diesen keine Bühne bieten. Hochschulen müssen ihre Ressourcen in Projekte stecken, die erneuerbare Energien, ökologische Landwirtschaft, nachhaltigen Verkehr, eine sozialökologische Wende und andere Lösungen für die Klimakrise vorantreiben.

Lehramtsstudium von morgen

1. Für eine wehrhafte Demokratie: Politische Bildung muss eigenes Unterrichtsfach werden!

Eine wehrhafte Demokratie baut fundamental auf Wissen und Verständnis für eine aktive Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben auf. Junge Menschen müssen demokratische Überzeugungen entwickeln, die sie auch in Krisenzeiten nicht ablehnen, sondern verteidigen. Politische Bildung ist daher ein essentieller Schlüssel zu einer kritisch denkenden, emanzipierten und diskriminierungsfreien Gesellschaft.

Für uns ist es daher klarer denn je: Politische Bildung muss ein eigener Fachgegenstand und ein eigenes Studienfach in der Lehramtsausbildung werden!

2. Lehramtsstudierende im Schuldienst entlasten!

Gerade in Zeiten des Lehrpersonenmangels ist das österreichische Bildungssystem auf viele Lehramtsstudierende angewiesen, die schon während des Studiums in den Schuldienst starten. Als ÖH können wir hier aber vielerlei Probleme beobachten, die bei weiterer Verschärfung noch einen größeren Lehrkräftemangel in der Zukunft bedeuten könnten. Viele noch im Studium befindliche Junglehrer_innen sind mit der zusätzlichen Belastung überfordert, leiden unter Leistungsdruck und arbeiten sich immer häufiger in ein Burn-Out.

Von der Politik fordern wir als ersten Schritt umgehend dasselbe Gehalt für Lehramtsstudierende wie für Quereinsteiger_innen und eine bundesgesetzliche Streichung der Studienbeiträge für Studierende im Schuldienst.

Aufwertung unserer Fachhochschulen

1. Pflichtpraktikant_innen gerecht bezahlen

Das Studieren an einer Fachhochschule ermöglicht den Student_innen ein möglichst praxisnahes Aneignen der Studieninhalte. Um diese Qualität der FHs zu stärken, wird in vielen Studiengängen vermehrt auf Pflichtpraktika gesetzt. Das allerdings besonders in Studienrichtungen der Pflege oftmals ohne Bezahlung. Kostenlos müssen Semester für Semester FH-Studierende einen 40 Stunden Job mit einem Studium vereinbaren. Zeit für Erwerbstätigkeit zur Finanzierung des Studiums bleibt dabei logischerweise nicht. Viele Studierende zerbrechen unter dieser Last und fühlen sich ausgebeutet vom Hochschulsystem. Diese Praxis gilt es, sofort einzustellen.

Studierende sollen einen gerechten Lohn für ihre Arbeit bekommen, auch im Studium. Als ÖH fordern wir ein Verbot von unbezahlten Pflichtpraktika und eine gerechte Entlohnung für Studierende.

2. Forschung an Fachhochschulen finanzieren

Lehre und Forschung - eigentlich eine untrennbare Einheit im Hochschulsystem. Was an den Unis selbst nur mäßig funktioniert, ist an den Fachhochschulen bis heute überhaupt nicht möglich. Es fehlt die Finanzierung von Forschung an Fachhochschulen. Damit entgeht den Studierenden der Zugang zur Anwendung des Gelernten.

Höchste Zeit, diese Lücke zu schließen! Wir fordern daher die Schaffung einer Grundfinanzierung für Forschung an den österreichischen Fachhochschulen.

Europäischer Hochschulraum & internationale Mobilität

1. Students at Risk: Forschung für verfolgte und flüchtende Studierende ermöglichen

Weltweit gibt es momentan 36.4 Millionen geflüchtete Personen. 2023 waren nur sieben Prozent dieser Menschen an einer Hochschule inskribiert. Personen mit Fluchthintergrund und Personen in Risikosituationen ist es oft unmöglich, ihre Bildung fortzusetzen. Schuld daran sind nicht zuletzt auch finanzielle und strukturelle Hürden. Stipendien und Förderprogramme, die explizit Studierenden mit Fluchthintergrund zur Verfügung stehen, haben sich dabei als effizientes Mittel erwiesen, um Personen ein Studium zu ermöglichen und ihren Zugang zur Bildung zu sichern. Allen voran ist dabei das Students at Risk Programm, welches in Norwegen eingeführt wurde und seither in vielen europäischen Ländern übernommen wurde.

Wir setzen uns daher für ein Student at Risk Programms in der Europäischen Union, sowie auch explizit in Österreich ein und fordern den Nationalrat und die Bundesregierung sowie das Europäische Parlament dazu auf, sich für eine Implementierung des Programms einzusetzen.

2. Unbezahlte Internships verbieten

Innerhalb vieler Curricula ist die Absolvierung eines Internships oder Praktikums (oftmals auch explizit die Absolvierung im Ausland) verpflichtend für den Abschluss des Studiums und wird als Teil der Internationalisierung und Mobilität an Hochschulen gesehen. Diese obligatorischen Internships stellen für Studierende allerdings eine immense finanzielle Hürde dar. Studierende, die sich ohnehin schon in prekären Lebensverhältnissen befinden, werden also dazu verpflichtet, unbezahlte Arbeit zu verrichten, um ihren Abschluss zu erhalten.

Unbezahlte Praktika und Internships stützen sich auf der Ausbeutung von Studierenden und verschlechtern ihre Lebenssituation maßgeblich. **Wir fordern ein Verbot von unbezahlten Internships und Praktika auf österreichischer Ebene sowie einen Einsatz des Europäischen Parlaments für einen Stopp von unbezahlten Internships in der EU** (in Form eines Directives basierend auf dem Quality Framework of Traineeships).

3. Rechtsanspruch auf ein Mobilitätsstipendium

Für Studierende, aber auch für die Gesellschaft, ist ein Studium im Ausland in vielerlei Hinsicht eine Bereicherung. Weil der Österreichische Staat dies genauso erkannt hat, gibt es für Studierende aus Österreich die Möglichkeit auf ein Mobilitätsstipendium, welches Studierende fördert, die ein Studium zur Gänze im Ausland absolvieren. Leider ist allerdings

der rechtliche Rahmen dieses Stipendium äußerst schleierhaft: Ob man dieses Stipendium zugesprochen bekommt oder nicht, ist weder in einem Gesetz normiert, noch hängt es von ersichtlichen Kriterien ab. Das Resultat daraus ist eine Unverständlichkeit der Studierenden über für sie arbiträr wirkenden Zu- oder Absagen und Frustration über fehlende Fördermittel. Wir fordern daher einen Rechtsanspruch auf ein Mobilitätsstipendium!

Resumee

Es lässt sich abschließend festhalten, dass die Forderungen dieses Papiers deutlich machen, wie dringend eine progressive Hochschulpolitik Not tut. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind weder optionale Verbesserungen, noch die einzigen Forderungen zu den jeweiligen Themenkomplexen, sondern grundlegende Notwendigkeiten, um den aktuellen Herausforderungen von Studierenden gerecht zu werden.

Wir fordern politische Entscheidungsträger_innen auf, die in diesem Papier vorgeschlagenen Maßnahmen entschlossen und mutig in die Tat umzusetzen. Die Studierenden verdienen es, nicht länger mit kosmetischen Änderungen abgespeist zu werden. Es braucht den Mut, ein umfassendes Hochschulpakt zu schnüren, dass neben den Hochschulen selbst auch die diversen Lebensrealitäten von Studierenden verbessern kann.

Wir erwarten von einer künftigen Bundesregierung nichts weniger ein klares Bekenntnis zu diesem Papier und den darin von uns erhobenen Forderungen!